




# Bischof Walter Mixa: Ideologische Familienpolitik wie in der DDR

 Der Bischof von Augsburg, Dr. Walter Mixa (Foto), hat die Familienpolitik der Bundesregierung scharf kritisiert. Die Pläne von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU), die Zahl der in Krippen und von Tagesmüttern fremdbetreuten Kleinkindern durch den massiven Ausbau von Kindertagesstätten bis zum Jahr 2013 von derzeit 250.000 auf 750.000 zu erhöhen, nannte Mixa „schädlich für Kinder und Familien und einseitig auf eine aktive Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern fixiert“. Die Denkmuster erinnerten an die Ideologie der staatlichen Fremdbetreuung von Kindern in der untergegangenen DDR.

[Bistum-Augsburg.de](http://Bistum-Augsburg.de) schreibt:

*Als einen „gesellschaftspolitischen Skandal“ bezeichnete der Bischof in diesem Zusammenhang Planungen des Familienministeriums, zur Finanzierung neuer Kinderbetreuungseinrichtungen andere Familienleistungen zu kürzen. „Die Familienpolitik von Frau von der Leyen dient nicht in erster Linie dem Kindeswohl oder der Stärkung der Familie sondern ist vorrangig darauf ausgerichtet, junge Frauen als Arbeitskräfte-Reserve für die Industrie zu rekrutieren“, sagte Mixa anlässlich einer Audienz für den Vorstand des Familienbundes der Katholiken seiner Diözese. Die Denkmuster des Familienministeriums erinnerten in beklemmender Weise an die Ideologie der staatlichen Fremdbetreuung von Kindern in der untergegangenen DDR. Die ehemalige DDR habe die höchste Dichte an Kindertagesstätten*

und zugleich die niedrigste Geburtenrate in Europa aufgewiesen. Energisch wandte sich der Bischof gegen „die wiederholten Versuche der Familienministerin, der elterlichen Erziehung die notwendige Qualität abzusprechen und eine ‚professionelle‘ Früherziehung von Kleinkindern zu propagieren.“



Familienministerin  
von der Leyen

„Damit werde Frauen, die ihre Kinder selbst erziehen, ein schlechtes Gewissen eingeredet, weil das Kind angeblich zu Hause weniger gefördert werde als durch sogenannte Profis. „Die wirklichen Profis für die Erziehung eines Kindes sind dessen Eltern, und im besonderen dessen Mutter“, sagte Mixa. Die Anstrengungen des Staates im Sinne einer modernen Familienpolitik müssten deshalb darauf gerichtet sein, immer mehr Mütter für die zeitlich überwiegende oder ausschließliche häusliche Erziehung ihrer Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu gewinnen und dies auch finanziell zu fördern.

Ausdrücklich unterstützte Bischof Mixa in diesem Zusammenhang die Forderung des Familienbundes der Katholiken nach einem Erziehungsgehalt für alle Eltern, durch das diese wahlweise die Kosten einer außerfamiliären Betreuung oder die Lohnausfälle in Folge eigener Kindererziehung ausgleichen könnten. Der Bischof setzte sich auch für eine erweiterte Anerkennung von eigenen Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung sowie für eine verbesserte finanzielle Unterstützung des Staates zugunsten alleinerziehender und sozial schwacher Mütter ein, die derzeit aus wirtschaftlichen Gründen zu externer Berufstätigkeit auch in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder gezwungen würden. Dass in einer Wohlstandsgesellschaft junge Mütter ihre kleinen Kinder in staatliche Fremdbetreuung geben müssten, um selbst wirtschaftlich überleben zu können, ist das Gegenteil einer

modernen und humanen Familienpolitik“, sagte Mixa.



Ex-DDR-Ministerin

Margot Honecker

Für eine gesunde seelische und geistige Entwicklung bräuchten Kinder in den ersten drei Lebensjahren die dauernde Ansprache durch die Mutter und keine noch so qualifizierte Fremdbetreuung. Moderne Konzepte der Familienpolitik müssten deshalb zum Ziel haben, „die Vereinbarkeit von Kindererziehung und außerfamiliärer Berufstätigkeit nicht gleichzeitig, sondern nacheinander zu gewährleisten“. Frau von der Leyen hänge dagegen dem überholten ideologischen Leitbild der voll berufstätigen Mutter auch schon in den ersten Jahren der Kindesentwicklung an und unterscheide sich darin in nichts von der verfehlten Familienpolitik der rot-grünen Vorgängerregierung.

Bischof Mixa kritisierte in diesem Zusammenhang auch, dass es nach dem Chefwechsel im Familienministerium kaum personelle Veränderungen bei den leitenden Mitarbeitern und Beratern des Ressorts gegeben habe: „Da herrschen immer noch die alten sozialistischen Vorstellungen, die von der neuen Familienministerin jetzt mit dem Etikett „christdemokratisch“ geadelt werden“. Die Doppelverdiener-Ehe werde von der CDU-Ministerin geradezu zum ideologischen Fetisch erhoben. Wer aber mit staatlicher Förderung Mütter dazu verleite, ihre Kinder bereits kurz nach der Geburt in staatliche Obhut zu geben, degradiere die Frau zur „Gebärmaschine“ und missachte alle wissenschaftlichen Erkenntnisse über die besondere Mutter-Kind-Beziehung in den ersten Lebensjahren, betonte Mixa. Der Bischof der zweitgrößten bayerischen Diözese rief die katholischen Wähler dazu auf als „starke kreative Minderheit“ die demokratischen Möglichkeiten selbstbewusst zu nutzen und verfehlte familienpolitische Weichenstellungen wachsam zu beobachten und kritisch in die gesellschaftspolitische Debatte zu bringen.

Bravo Bischof Mixa, endlich mal einer der sich traut, dieser 68er-Familienpolitik etwas entgegenzusetzen.

(Spürnase: Gerhard B.)

---



## **Pöttering will „geistige Brücke übers Mittelmeer bauen“**

☒ Die Deutungshoheit der Linken, Ökologen und Dhimmis festigt sich zunehmend. So findet sich im [Arbeitsprogramm](#) des Präsidenten des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering (Foto) eine Passage, die neben Paraphrasen auch Bemerkenswertes aufweist. Der CDU-Politiker sagte, kein Land, kein Volk der Europäischen Union dürfe mit seinen Problemen allein gelassen werden. Dieses schließe aber auch nationalen Egoismus aus.

Pöttering:

*„Wer nur den Interessen seines eigenen Landes dient, wird am Ende auch diese verspielen, weil er die Solidarität zerstört, die zur Verteidigung der eigenen Interessen notwendig ist.“*

Wenn wir Pöttering richtig verstanden haben, dürfen wir im

Prinzip nach dieser Lesart den Bundestag schließen, da er auf keinen Fall die Interessen seines Landes vertreten darf. Die EU wird es schon richten.

*Ein weiteres zentrales Thema der Rede des Präsidenten war der Dialog der Kulturen. Europa sei der Kontinent der drei großen Kulturen und Religionen, der christlichen, der jüdischen und der islamischen. Der Dialog der Kulturen könne nur gelingen, wenn er sich auf Toleranz und Wahrheit gründet.*

Was wären die Osmanen froh gewesen, solch einen Verbündeten zu haben.

*Er wolle nicht den „clash of civilisations“, sondern Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit zwischen allen Völkern und Glaubensrichtungen. Dafür müsse „eine geistige und kulturelle Brücke“ über das Mittelmeer gebaut werden. Er rief dazu auf, alle Beispiele im europäischen Zusammenleben von Christen, Muslimen und Juden – „und natürlich auch allen, die sich nicht zu diesen Religionen bekennen“ – aktiv zu unterstützen.*

Wir sollen also die Brücke schlagen oder wer? Zu wem sollen wir die Brücke schlagen? Man kann nur hoffen, dass auf Dauer kein Mensch in Europa dieses angeblich demokratische Europaparlament ernst nimmt.

*(Spürnase: Thomas W.)*

---

# Deutschlands Umverteilung:

# Immer weniger schultern immer mehr

☒ Der deutsche Sozialstaat hat sich zu einem sich selbst verstärkenden System entwickelt. Die Anzahl der Empfänger von Transferleistungen übersteigt bereits die der Lohnsteuerzahler um fast fünf Millionen. Eine Demokratie hat die Neigung, die Interessen der Mehrheitsbevölkerung überproportional zu berücksichtigen. Wird diese Tendenz durch den moralischen Parameter der Unterstützung des „Sozialen“ verstärkt, ist eine zunehmende Vernachlässigung der Belange der Leistungsträger die logische Folge.

Das hat vielschichtige, letztendlich dramatische Auswirkungen auf die eigentlich wünschenswerte Erhaltung des Sozialstaates sowie die Struktur der gesamten Gesellschaft. Unter dem Titel „Die Tyrannei der zufälligen Mehrheit“ schreibt die FAS in ihrer Print-Ausgabe vom 11.02.2007 (S. 36) zum Abgang von Friedrich Merz:

*Wenn ein Politiker in Deutschland die Politik verlässt, heißt es, er sei gescheitert. Weil der CDU-Politiker Friedrich Merz vergangene Woche seinen Ausstieg aus dem politischen Berlin angekündigt hat, gilt er jetzt als Verlierer.*

*Doch niemand sollte Mayer, Brown, Rowe & Maw unterschätzen. Mit 1400 Anwälten, Büros in 14 Städten rund um den Globus und Stammsitz in Chicago zählt die Kanzlei zu den großen amerikanischen Law-Firms. Von A wie Antitrust (Kartellrecht) bis W wie Wealth Management (Rat für die Superreichen) findet sich das gesamte Abc der juristischen Dienstleistungen auf der Service-Palette der Anwälte.*

*Wer als Partner bei Mayer, Brown, Rowe & Maw arbeitet, kann nicht wirklich gescheitert sein. Der Rechtsanwalt Friedrich Merz arbeitet seit 2005 bei der Firma. Er hat den englischen*

*Hedgefonds TCI beraten bei dessen erfolgreichem Angriff auf die Frankfurter Börse. Und er berät die RAG, die einstige Ruhrkohle, auf ihrem Weg an den Kapitalmarkt. Merz ist dabei, wenn es um Geld, Macht und die Verschiebung von Eigentum in großem Stil geht. Verlierer sehen anders aus.*

*Wenn Politiker aus der Politik aussteigen und „in die Wirtschaft wechseln“ (Matthias Berninger, Sigmar Mosdorf, Rezzo Schlauch, Helmut Hausmann), dann landen sie meist in irgendwelchen Berater- und Lobbyistenjobs, werden schnell vergessen und sind die Loser. Dass einer wie Merz eine an Einfluss, Status und Einkommen bessere Alternative zieht (zumindest solange er nicht Finanzminister wird), ist hierzulande nicht üblich. „Hier habe ich die Chance, mit einem Team junger Leute in einer rasant sich verändernden Welt etwas zu bewirken“, sagt Merz. Diese Chance sieht er in der Politik nicht (mehr).*



*Warum? Weil Merz sich zunehmend schwertat, Zustimmung in seiner Partei und bei den Wählern zu finden? Weil Führungsfiguren den Deutschen eingedenk ihrer historischen Traumatisierung allemal suspekt sind? Weil ein Politiker, welcher die Leistungsträger stärken und die Umverteilung eindämmen will, bei der Mehrheit der Deutschen keinen Rückhalt mehr hat? Merz selbst findet all diese Deutungen nicht völlig abwegig.*

*Leistungsträger, das sind Leute, die bei Mayer, Brown, Rowe & Maw arbeiten. Leute wie Merz also, die viel verdienen und (in der Regel) ordentlich Steuern zahlen. Deren Stimme bei Wahlen aber immer weniger ins Gewicht fällt.*

***Tatsächlich finanzieren die obersten zehn Prozent der Steuerzahler mit den höchsten Einkommen bereits über 50 Prozent des Steueraufkommens. Doch das Sagen hat in***

**Deutschland längst die Mehrheit derer, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst erwirtschaften: die sogenannten Transferempfänger, deren Einkommen aus Steuer- und Sozialversicherungstöpfen gespeist werden. Während die Zahl dieser Transferempfänger in Deutschland im Jahr 1971 bei 11,2 Millionen lag und die Zahl der Lohnsteuerzahler bei 20,6 Millionen, hat sich die Relation bis zum Jahr 2001 (neuere Vergleichszahlen gibt es nicht) dramatisch verschoben: 25,7 Millionen Steuerzahlern standen Anfang des 21. Jahrhunderts 30,8 Millionen Transferempfänger gegenüber. Darunter fallen Rentenbezieher, die Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe sowie die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.**

„Das ändert die Eigenschaften des sogenannten Medianwählers, der das Zünglein an der politischen Waage der Wahlentscheidungen ist“, sagt Horst Siebert, Ex-Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Alle Transferempfänger haben legale Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat: Weil sie früher einmal Beiträge entrichtet haben, weil der Wohlfahrtsstaat niemanden durch das soziale Netz fallen lässt, vielleicht auch, weil es aus ihrer Sicht auskömmlicher ist, im Vorruhestand oder mit Hartz IV zu leben als mit einem bezahlten Job.

**Doch wer seinen Lebensunterhalt nicht selbst erwirtschaftet, von dem kann man schwerlich verlangen, dass er Politikern seine Stimme gibt, die fordern, künftig weniger Geld umzuverteilen. Das wäre nicht sehr vernünftig. Seither ist das Leben für Friedrich Merz und Leute seiner Denkungsart schwerer geworden.**

Politiker aller Parteien haben einen guten Riecher für diese Verschiebung der Wählerstruktur. Schließlich geht es um den Erwerb oder Erhalt ihrer Macht. Jürgen Rüttgers gibt dafür das beste Beispiel. **Links reden und allenfalls im Verborgenen wirtschaftlich handeln, heißt die neue Tagesparole für die Konservativen.** „Man muss die Leute mitnehmen“, sagt Rüttgers



ununterbrochen und redet deshalb von sozialer Gerechtigkeit und vielen warmen Wohltaten für das Herz. Dass er zugleich vorhat, beherzt den Landeshaushalt zu sanieren und die alten Industriestrukturen abzuräumen, muss er ja nicht dazusagen.

**Die neue Mehrheit der Deutschen will keine Reformen, weil sie von Reformen kurzfristig nur Nachteile befürchtet. Und langfristig, wenn alle profitieren, könnte man schon tot sein. Wer würde sich darauf einlassen. So haben die Wähler bei der vergangenen Bundestagswahl abgestimmt. Das Reformversprechen war nicht deutlich zu sehen; die Reformgewinne blieben pure Hoffnung. Das Ergebnis heißt große Koalition. Für Friedrich Merz ist kein Platz mehr unter den machthabenden Politikern – solange er nicht bereit ist, so zu reden wie Jürgen Rüttgers. Aber so sieht er nicht aus.**

**Die in die Minderheit gedrängten Leistungsträger rächen sich subversiv. Sie geben ihren Ehrgeiz auf, eine politische Karriere dran und gehen in die Großkanzleien oder Investmentbanken. Oder sie wandern aus. Steuerzahler machen sich vom Acker. „Das Mischungsverhältnis der Bevölkerung ändert sich in einem schleichenden Prozess“, sagt der Hannoversche Finanzwissenschaftler Stefan Homburg.**

Es gibt eindrucksvolle Zahlen, die Homburgs These belegen. Im Jahr 2005 haben genau 144 800 Deutsche ihrem Land den Rücken gekehrt. Dem standen aber nur noch 128 052 Zuzüge gegenüber. 2005 war damit das erste Jahr in fast vier Dekaden, in welchem die Zahl der Auswanderer die der Einwanderer übertraf. 1990, zum Vergleich, sind 273 633 Menschen nach Deutschland gekommen und nur 98 915 gegangen. **Jene, die heute gehen, sind längst nicht nur junge Menschen ohne Ausbildung. Es sind die Ärzte, Ingenieure, Architekten und Wissenschaftler. Sie gehen wegen der besseren Karrierechancen. Sie gehen, weil sie die Hoffnung hegen, andernorts über größere finanzielle Anteile ihres Erfolgs selbst verfügen zu können. „Die große Zahl ist weniger das Problem. Der Auszug der klugen Köpfe ist das Problem“, sagt**

Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung.

Abwandern oder Widersprechen, Exit oder Voice, wie der deutsche Emigrant Albert O. Hirschman wusste, waren immer schon die Protestalternativen jener, die in der Minderheit sind. Exit, Wechseln zur internationalen Großkanzlei oder in das chancenreichere Ausland, steht in freien Gesellschaften allen mobilen und leistungsbereiten Menschen zu Gebote. Voice, der Protest, ist riskanter. Denn wie soll man in einer Demokratie die Transferempfänger in ihre Schranken weisen, ohne dass dies zugleich zu undemokratischen Verhältnissen führt? „Demokratie ist eine Staatsform, die alle Bürger an den Entscheidungen des Staates beteiligt“, sagt der Mannheimer Ökonom Roland Vaubel. Dass die Bürger mit Mehrheit – vielleicht sogar mit einfacher Mehrheit – entscheiden können, sei jedoch kein Definitionsmerkmal der Demokratie, fügt Vaubel provokant hinzu.



Prof.

Roland

Vaubel

Wer so etwas sagt, den stempelt die Mehrheit rasch zum Verfassungsfeind. Vaubel muss das gerade erleben. In einem Blog im Internet hat er in der vergangenen Woche [Strategien gegen die „drückende Tyrannei der zufälligen Mehrheit“ in der Demokratie](#) aufgelistet. So sei es aus ökonomischer Sicht durchaus sinnvoll, bei Themen, welche die Staatsausgaben betreffen, die Stimmen jener besonders zu gewichten, die dafür bezahlen müssen. Die Transfers würden direkt von der Zustimmung der Leistungsträger abhängen, und die Mehrheit könnte die Erfolgreichen nicht beliebig mit Steuern und Abgaben schröpfen.

Der Protest gegen Vaubels Utopie war abzusehen. Ein Rückfall in den vordemokratischen Klassenstaat wurde befürchtet, auch

wenn Vaubel argumentiert, dass Demokratien wie Athen oder Zweikammersysteme wie die römische Republik mit solchen differenzierten Gewichtungen der Wählervoten nicht schlecht gefahren sind. Vaubel, den Beamten, als Verfassungsfeind von der Universität zu verbannen sind noch die mildesten Strafexpeditionen, welche die Gegner androhen.

Aber auch Kollegen Vaubels widersprechen. Für eine „Anmaßung des Wissens“ hält der Hamburger Ökonom Thomas Straubhaar die Idee, Menschen gemäß ihrer Wirtschafts- und Steuerkraft mit unterschiedlichen demokratischen Stimmrechten auszustatten. Denn dann müssten vorher die verfassunggebenden Leute zu wissen vorgeben, wer mehr und wer weniger zum Gemeinwesen beiträgt. Ein Trost bleibt: Auch die Transferempfänger wissen, dass sie die Leistungsträger nicht bis zum Letzten schröpfen dürfen, bringen sie damit doch die Quellen ihres eigenen Einkommens zum Versiegen. Die Verschiebung der Wählerstruktur wird ihre natürliche Grenze finden.

Stimmenanteile gemäß Steueraufkommen zu gewichten geht allerdings am Problem vorbei, das in viel zu geringen betriebs- und volkswirtschaftlichen Grundkenntnissen besteht. Ohne ausreichende Kenntnis über den Vorgang der Wertschöpfung eines Wirtschaftssystems fehlt es den Wählern schlicht an Kompetenz, um

- nicht auf populistische Heilsversprechen, wie sie vor allem von linken und linksradikalen Parteien propagiert werden, herein zu fallen
- inkompetente Politiker von kompetenten Politikern unterscheiden zu können.

Doch schon an den Schulen Deutschlands, wo Wissen wie Ethik vermittelt wird, ist das Thema „Ökonomie“ allenfalls ein Randthema. Unser Bildungssystem prägt die künftigen Wähler in die Richtung, von Anfang an bevorzugt Forderungshaltungen gegenüber dem Staat einzunehmen und erhebt gutmenschliche

Selbstdarstellung zum Verhaltensideal. Hier exemplarisch das Selbstverständnis des [Konstanzer Schüler Parlaments](#) (KSP):

*Die Aktionen des KSP sind sehr unterschiedlich. Das KSP organisierte in den Jahren 1996-2004 u.a. Podiumsdiskussionen zu Landtagswahlen, eine "Jungkünstlerausstellung", eine Podiumsdiskussion zur Oberstufenreform in Baden-Württemberg, einen Aktionsstand mit Lichterkette gegen die zunehmende Gewalt von Rechts, eine Demo gegen den Irakkrieg sowie einen Spendenmarathon für die UNICEF. Neben solchen Aktionen richtet das KSP zusammen mit dem Stadtjugendring sowie mit Vertretern der Stadt jährlich ein bis zwei "Jugendhearings" aus, an denen die Jugendlichen in Konstanz zu aktuellen lokalen Problemen mit den Bürgermeistern oder anderen Offiziellen diskutieren können.*

Forderungen nach einem ausgeglichenen Haushalt, oder gar Steuersenkungen, kommen in Deutschlands Schüler- und Nachwuchsparlamenten wohl so gut wie nicht vor. Dafür oftmals eine als selbstverständlich empfundene, gutmenschliche Anspruchshaltung, die völlig entkoppelt ist von der Frage der Finanzierbarkeit. Es fehlt das nötige Verständnis dafür, dass jede Wohltat für die einen, zugleich eine Last für andere bedeutet.

Politik und die Wähler befinden sich in einem selbst verstärkenden Kreislauf: Politiker bestätigen die Wähler in ihren Forderungshaltungen mit Versprechungen. Die so konditionierten Wähler bevorzugen wiederum tendenziell jene Politiker, die die schönsten Versprechungen machen. Der Mehrzahl der Wähler mangelt es an Kompetenz, um zu erkennen, dass überzogene sozialstaatliche Versprechungen zu einer verminderten Leistungsfähigkeit des Staates führen müssen. Das Ideal einer überzogenen, finanziell belastend-unsoliden Sozialstaatlichkeit führt durch Überforderung und Benachteiligung der Leistungsträger zu einer verminderten sozialstaatlichen Leistungsfähigkeit.

Doch wer dies verhindern will, wie z.B. Friedrich Merz, sieht sich zunehmend isoliert und unverstanden, weil er vom vorherrschenden sozio-ökonomischen Durchschnittskenntnisstand der Wähler immer mehr abweicht. Zugleich gibt es über die Medien ebenfalls immer geringere Unterstützung durch Vermittlung einer Sichtweise wie Merz sie vertritt, denn auch dort ist die normativ geprägte Unkenntnis über die Zusammenhänge in einer Volkswirtschaft dominant. Das heißt, dass der bereits bestehende Prozeß der finanziell ruinösen Expansion des Sozialstaates bei gleichzeitiger Unterminierung seiner ökonomischen Grundlagen anhalten wird. Bis zum endgültigen Zusammenbruch des Systems.

*(Spürnase: Florian G.)*

---

## **Christian Klar zu „Gesprächen mit dem Bundespräsidenten bereit“**

☒ RAF-Häftling Christian Klar (Foto), einer der schlimmsten Terroristen der Bundesrepublik, [„signalisiert Gesprächsbereitschaft“](#) mit dem Bundespräsidenten zum Zweck der eigenen Begnadigung. Wenn er dann frei ist, hat man ihm, dem verurteilten Mehrfachmörder, bereits einen Ausbildungsplatz zum Bühnentechniker am Berliner Ensemble angeboten.

Wie leicht es doch für einen erklärten Staatsfeind und Mörder, einen Job zu bekommen! Köhler hat bisher Gespräche mit Klar abgelehnt.

*Anwalt Heinz-Jürgen Schneider sagte der „Tageszeitung“, Klar*

werde sich nicht an der öffentlichen Debatte über die Freilassung ehemaliger RAF-Terroristen beteiligen. „Was er sagen wollte, hat er Horst Köhler geschrieben“, sagte Schneider. Der Inhalt des Schreibens unterliege aber der anwaltlichen Schweigepflicht. Laut Schneider ist Klar zu einem persönlichen Treffen mit Bundespräsident Horst Köhler bereit. Der Häftling verfolge die Debatte über Zeitungen und das Fernsehen, zu denen er Zugang hat.

Klar reichte bereits bei Köhlers Vorgänger Johannes Rau ein Gnadengesuch ein, dass der Bundespräsident jetzt prüfen lässt. Horst Köhler hatte bereits vor einigen Tagen Meldungen dementieren lassen, wonach er den RAF-Terroristen im Gefängnis besuchen wolle. Das Bundespräsidialamt wies entsprechende Berichte zurück. Klar war an der Ermordung des früheren Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, des Generalbundesanwalts Siegfried Buback und des Bankiers Jürgen Ponto beteiligt.

Die baldige Freilassung seiner Weggefährtin Brigitte Mohnhaupt löst unterdessen nicht nur in der Bevölkerung [Kopfschütteln und Entsetzen](#) aus. Die Witwe Hanns Martin Schleyers musste [nach einem Kollaps](#) ins Krankenhaus.

Dirk Schleyer, Sohn des von der RAF ermordeten Arbeitgeber-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer, zeigte sich erschüttert. Die Entscheidung des Oberlandesgerichtes Stuttgart sei „einfach nicht nachvollziehbar“. Schleyer warf der Justiz „Rechtsbeugung“ vor.

Sabine Reichel (42), deren Vater beim Anschlag auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback 1977 in Karlsruhe ums Leben kam, sagte: „ES IST EINFACH NICHT GERECHT!“

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, erinnerte an die zehn von der RAF ermordeten Polizisten: „Wir werden diese Morde nicht vergessen. Es bleibt ein Gefühl der Bitterkeit.“

*Der frühere Chef des Bundeskriminalamtes (BKA) Hans-Ludwig Zachert, glaubt sogar, dass von Brigitte Mohnhaupt noch immer eine mögliche Gefahr ausgeht! Zumal, wenn auch Ex-Terrorist Christian Klar noch begnadigt wird. Der Mainzer „Allgemeinen Zeitung“ sagte Zachert: „Mohnhaupt ist der Typ der Rädelsführerin, und wenn sie – wann auch immer – mit Klar gemeinsam in Freiheit ist, kann sich daraus ein Gefahrenpotenzial entwickeln. Beide zusammen könnten sich dann gegenseitig aufschaukeln.“*

Von Links, Grün und der FDP wird die Freilassung selbstverständlich begrüßt, während Teile der CDU schockiert sind.

*Der rechtspolitische Sprecher der Unions-Fraktion im Bundestag, Jürgen Gehb, sprach dagegen von einer Ohrfeige für das Rechtsempfinden der Bürger. „Nach den Buchstaben des Gesetzes ist die Freilassung sicher nicht zu beanstanden“, sagte der CDU-Politiker der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. „Es bleibt in der Bevölkerung aber ein bitterer Nachgeschmack, wenn eine fünffache Mörderin nach 24 Jahren freikommt.“ Wenn Mohnhaupt nach ihrer Haft durch die Fernseh-Talkshows tinglele, werde das einen Aufschrei auslösen. Auch ein Signal der Reue würde daran nichts ändern.*

Horst Herold, der ehemalige Chef des Bundeskriminalamtes (BKA) [sagte zur Freilassung von Mohnhaupt:](#)

*«Sechzig sollten die Mörder schon sein, bevor man sie entlässt. (...) Auch bei einer objektiven Betrachtung der Täter von damals könne man nicht «die Hartnäckigkeit und **lustvolle Grausamkeit ihrer Gemetzel** ignorieren, mit der sie zu Werke gingen, ganz zuvorderst die beiden, um die es jetzt geht.»*

Der in unserem